



öffentlich

Betreff:

Kooperative Planung für das Kirchsteigfeld

Einreicher: Fraktion Bündis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 15.12.2010

Eingang 902:

| Beratungsfolge: | | Empfehlung | Entscheidung |
|-------------------|--|------------|--------------|
| Datum der Sitzung | Gremium | | |
| 26.01.2011 | Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam | | X |

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen der gutachterlichen Zielstellung für einen veränderten B-Plan Kirchsteigfeld Nr. 18, Planungsvarianten vorzulegen. Diese Planungsvarianten sollen in einem Workshopverfahren mit Vertretern der Stadtverwaltung, der Stadtverordnetenversammlung, aller Grundstückseigentümer sowie Anwohnernvertretern bewertet werden und eine Empfehlung für die StVV formulieren.

gez. Nils Naber
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

| | | | | |
|---|--|--|------|------------|
| <input type="checkbox"/> einstimmig | <input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit | Ja | Nein | Enthaltung |
| <input type="checkbox"/> erledigt | | <input type="checkbox"/> abgelehnt | | |
| <input type="checkbox"/> zurückgestellt | | <input type="checkbox"/> zurückgezogen | | |

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung

Nach der fehlenden Akzeptanz für den „Drewitz-Park“ in der Öffentlichkeit ist ein neues Herangehen erforderlich. Einen ersten wichtigen Schritt hat die Stadtverordnetenversammlung mit ihrem Beschluss vom 01.12.2010 getan. Zu einer stärkeren Einbindung der Öffentlichkeit wird ein kooperatives Planungsverfahren vorgeschlagen, um die Fragen der Stadtverträglichkeit von Gewerbe, Handel und Wohnen, die Fragen der Verkehrserschließung sowie zur Bedeutung des Waldes zu beantworten und gleichzeitig dem Anliegen der Bürgerstadt gerecht zu werden. Auf diese Art und Weise kann eine neue Zielstellung erarbeitet werden, die eine stärkere öffentliche Akzeptanz aufweisen kann.